



Aktenzeichen: Pet 3-19-08-763-044588

Der Deutsche Bundestag hat die Petition am 15.12.2022 abschließend beraten und beschlossen:

Die Petition der Bundesregierung – dem Bundesministerium der Finanzen – zu überweisen.

Begründung

Der Petent fordert, die zu Ende Juni 2019 abgelaufene Börsenäquivalenz für die Schweiz wieder einzuführen bzw. zu verlängern.

Die Schweizerische Eidgenossenschaft sei als Nachbar der Europäischen Union (EU) wirtschaftlich ein wichtiges Land. Sie habe große Unternehmen, die an der Börse notiert seien. Die Bundesrepublik Deutschland solle sich innerhalb der EU dafür einsetzen, die Börsenäquivalenz wieder einzuführen bzw. zu verlängern und die Streitigkeiten beizulegen. Die Schweiz habe mindestens einen ebenso hohen Standard – insbesondere im Finanzsektor – wie die EU, so dass es kein Problem sein sollte, die Börsenäquivalenz wieder herzustellen.

Die Eingabe wurde auf der Internetseite des Deutschen Bundestages eingestellt, fand dort 33 Unterstützer und wurde in 11 Beiträgen diskutiert.

Das Ergebnis der parlamentarischen Prüfung stellt sich unter Berücksichtigung einer zu der Eingabe erbetenen Stellungnahme des Bundesministeriums der Finanzen (BMF) wie folgt dar:

Die Europäische Kommission hat die bis Ende Juni 2019 befristet erteilte Anerkennung der Schweizerischen Börse als EU-äquivalent bislang nicht verlängert. Hintergrund dafür waren die Verhandlungen zwischen der Schweiz und der EU über den Abschluss eines institutionellen Rahmenabkommens.



In bilateralen Gesprächen und in den entsprechenden EU-Gremien setzt sich Deutschland für die Festigung und Fortentwicklung der engen Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz ein.

Der Petitionsausschuss verweist darauf, dass die Verhandlungen über das institutionelle Rahmenabkommen zwischen der EU und der Schweiz seitens des Schweizer Bundesrats im Mai 2021 abgebrochen wurden und die EU-Kommission derzeit an einer internen Bestandsaufnahme hinsichtlich der Auswirkungen dieser Entscheidung der Schweizer Regierung arbeitet, welche den Weg für das weitere Vorgehen in dieser Angelegenheit ebnen soll.

Der Petitionsausschuss befürwortet gute und zukunftsfähige Beziehungen zwischen der EU und der Schweiz, die ein wichtiger Wirtschafts- und Handelspartner Deutschlands und der EU ist.

Mit Blick auf eine gute Nachbarschaft mit der Schweiz empfiehlt der Ausschuss, die Petition der Bundesregierung – dem Bundesministerium der Finanzen – zu überweisen, um sie auf das Anliegen aufmerksam zu machen.